

Durchsetzung des Rauchverbotes auf Kinderspielplätzen

Empfehlung Nr. 14-20 / E 02437
der Bürgerversammlung des Stadtbezirkes 9 Neuhausen-Nymphenburg
am 29.11.2018

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 14534

Anlage
Empfehlung Nr. 14-20 / E 02437

Beschluss des Bezirksausschusses des Stadtbezirkes 9 Neuhausen-Nymphenburg vom 16.04.2019 Öffentliche Sitzung

I. Vortrag der Referentin

Die Bürgerversammlung des Stadtbezirkes 9 Neuhausen-Nymphenburg hat am 29.11.2018 die anliegende Empfehlung beschlossen, wonach das Rauchverbot auf Kinderspielplätzen durchgesetzt werden soll. Als Maßnahmen werden das Aufstellen von Hinweisschildern, stichprobenartige Kontrollen sowie eine Kampagne der Stadt München vorgeschlagen.

Das Baureferat nimmt wie folgt Stellung:

Die Empfehlung betrifft einen Vorgang, der nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO des Stadtrates zu den laufenden Angelegenheiten zu zählen ist. Da es sich um eine Empfehlung einer Bürgerversammlung handelt, muss diese nach Art. 18 Abs. 4 Satz 1 GO und § 2 Abs. 4 Satz 1 Bürger- und Einwohnerversammlungssatzung vom Stadtrat bzw. Bezirksausschuss und gemäß § 9 Abs. 4 Bezirksausschusssatzung vom Bezirksausschuss behandelt werden.

Der Beschluss des Bezirksausschusses hat jedoch gegenüber der Verwaltung nur empfehlenden Charakter.

Das Referat für Gesundheit und Umwelt hat zu o.g. BV-Empfehlung mitgeteilt:

„Das Referat für Gesundheit und Umwelt unterstützt den Antrag, Eltern über die spezifischen Auswirkungen des Passivrauchens und ihre Vorbildfunktion aufzuklären.

Dies sollte nach Ansicht des Referates für Gesundheit und Umwelt mit zielgruppen-spezifischen Maßnahmen erfolgen. Dies entspricht auch dem derzeitigen Forschungsstand, wonach der alleinige Einsatz von unspezifischen massenmedialen Maßnahmen als nicht nachhaltig und unwirksam eingestuft wird.

Aufgrund zahlreicher präventiver Aktivitäten in den letzten Jahren, zu denen auch gesetzliche Maßnahmen wie Rauchverbote an Schulen, am Arbeitsplatz und in der Gastronomie zählen, sinkt die Zahl der Raucherinnen und Raucher kontinuierlich, allerdings ist dies vor allem auf einen sinkenden Anteil von Menschen mit hohem und mittlerem Sozialstatus zurückzuführen.

Durch Maßnahmen, die sich an den Lebensbedingungen und Bedürfnissen der Zielgruppe mit überwiegend niedrigem sozialen Status orientieren, können rauchende Eltern für die Auswirkungen des Passivrauchens und ihre Vorbildfunktion sensibilisiert und dazu motiviert werden, mit dem Rauchen aufzuhören sowie Maßnahmen zur Tabakentwöhnung in Anspruch zu nehmen.

Hierbei sind Zugangswege zu wählen, die niedrigschwellig und für die Zielgruppe kostenfrei sind.

Neben einer Kampagne, die Postkarten in den Elternbriefen des Stadtjugendamtes und Plakate in Krippen und Kindergärten beinhaltet, ist vor allem die direkte Ansprache vielversprechend, beginnend bei den jüngsten Kindern z. B. über die Hausbesuche der Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen des Referates für Gesundheit und Umwelt in den ersten Lebensjahren.

Ein weiteres Vorhaben für Eltern und ihre größeren Kinder befindet sich bereits im Planungsstadium. Hier sind Aktionsareale vor Einkaufszentren in Stadtteilen mit besonderem Bedarf (wie PEP oder MIRA) geplant, in denen ohne erhobenen Zeigefinger und auf unterhaltsame Art und Weise informiert und somit die Bereitschaft zur Teilnahme erhöht wird.

Auch schnelle Anschlusshilfen der ambulanten Tabakentwöhnung, wie sie z. B. in der Suchtberatung des Referates für Gesundheit und Umwelt bereits angeboten werden, können im direkten Kontakt besser vermittelt werden.

Das langjährig etablierte und gut vernetzte Münchner Programm zur Suchtprävention (www.muenchner-suchtpraevention.de) übernimmt die Koordination der Aktivitäten sowie der Akteurinnen und Akteure. Bei dem Münchner Programm handelt es sich um ein Kooperationsprojekt von Referat für Bildung und Sport, Jugendamt, Referat für Gesundheit und Umwelt und freien Trägern.

Zum Aufstellen von Hinweisschildern merkt das Referat für Gesundheit und Umwelt an, dass der bloße Hinweis auf ein Rauchverbot auf Kinderspielplätzen vermutlich nicht zielführend sein wird. Eltern, aber auch andere jugendliche und erwachsene Personen, die auf Spielplätzen rauchen, sollten in einer motivierenden, nicht stigmatisierenden Art und Weise auf die Gesundheitsgefahren für die Kleinsten – wie Zigarettenskippen im

Sand – aufmerksam gemacht werden. ...“

Das Rauchverbot des Gesundheitsschutzgesetzes erstreckt sich auf räumlich abgegrenzte und vom Träger gewidmete Kinderspielplätze. Damit gilt das Rauchverbot unmittelbar auch auf den städtischen Kinderspielplätzen in München, ohne dass dieses Verbot vor Ort noch einmal besonders ausgesprochen werden müsste.

Die Grünanlagenaufsicht, aber auch die ehrenamtlichen Spielplatzpatinnen und Spielplatzpaten sind daher im Rahmen ihrer Kapazitäten laufend bemüht, Personen in den Spielplatzbereichen auf das Rauchverbot anzusprechen, über den Sinn des Verbotes aufzuklären und auf mögliche Folgen des Fehlverhaltens aufmerksam zu machen. Ziel der Aufklärungsarbeit ist es, den Betroffenen ihre Mitverantwortung hinsichtlich Vorbildfunktion, Gesundheitsrisiko durch Zigarettenkippen und Reinigungskosten nachhaltig bewusst zu machen und von den Ahndungsmöglichkeiten möglichst wenig Gebrauch machen zu müssen.

Der Empfehlung Nr. 14-20 / E 02437 der Bürgerversammlung des Stadtbezirkes 9 Neuhausen-Nymphenburg am 29.11.2018 kann nur nach Maßgabe der vorstehenden Ausführungen entsprochen werden.

Der Korreferent des Baureferates, Herr Stadtrat Danner, und die Verwaltungsbeirätin der Hauptabteilung Gartenbau, Frau Stadträtin Krieger, haben je einen Abdruck der Sitzungsvorlage erhalten.

II. Antrag der Referentin

1. Von der Sachbehandlung - laufende Angelegenheit (§ 22 GeschO) - wird Kenntnis genommen.

Das Rauchverbot auf Kinderspielplätzen gilt wie dargestellt auch ohne Aufstellen von Hinweisschildern. Es gibt bereits eine informative Kampagne des Referates für Gesundheit und Umwelt, eine weitere ist geplant. Darüber hinaus ist das Münchner Programm zur Suchtprävention langjährig etabliert. Das Baureferat führt regelmäßige Aufklärungsarbeit und Kontrollen durch.

2. Die Empfehlung Nr. 14-20 / E 02437 der Bürgerversammlung des Stadtbezirkes 9 Neuhausen-Nymphenburg am 29.11.2018 ist damit gemäß Art. 18 Abs. 4 Gemeindeordnung behandelt.

III. Beschluss nach Antrag.

Der Bezirksausschuss des Stadtbezirkes 9 der Landeshauptstadt München

Die Vorsitzende

Die Referentin

Anna Hanusch

Rosemarie Hingerl
Berufsm. Stadträtin

IV. Wv. Baureferat - RG 4 zur weiteren Veranlassung.

Die Übereinstimmung des vorstehenden Abdruckes mit dem Original wird bestätigt.

An den Bezirksausschuss 9

An das Direktorium - HA II - BA-Geschäftsstelle Nord (3 x)

An das Direktorium - Dokumentationsstelle

An das Revisionsamt

An die Stadtkämmerei

An das Referat für Gesundheit und Umwelt

An das Baureferat - G

An das Baureferat - RG 4

zur Kenntnis.

Mit Vorgang zurück an das Baureferat – Gartenbau
zum Vollzug des Beschlusses.

Am
Baureferat - RG 4
I. A.

V. Abdruck von I. - IV.

1. An das

Es wird gebeten, von der Abänderung des Beschlusses durch den Bezirksausschuss Kenntnis zu nehmen, der Beschluss betrifft auch Ihr Referat.

Es wird um umgehende Mitteilung ersucht, ob der Beschluss aus dortiger Sicht vollzogen werden kann.

2. Zurück an das Baureferat - RG 4

Der Beschluss

☐ kann vollzogen werden.

☐ kann / soll nicht vollzogen werden (Begründung siehe gesondertes Blatt).

VI. An das Direktorium – D-II-BA

☐ Der Beschluss des Bezirksausschusses 9 kann vollzogen werden.

☐ Der Beschluss des Bezirksausschusses 9 kann / soll nicht vollzogen werden (Begründung siehe Beiblatt).

☐ Der Beschluss ist rechtswidrig (Begründung siehe Beiblatt).

Es wird gebeten, die Entscheidung des Oberbürgermeisters zum weiteren Verfahren einzuholen.

Am
Baureferat - RG 4
I. A.